

Geschäftsbericht

über das 61. Geschäftsjahr 2016

Inhalt

Seite	2	Auf einen Blick
	3	Aufsichtsrat und Vorstand
	4	Lagebericht
	12	Bilanz zum 31. Dezember 2016
	14	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
	16	Anhang
	21	Angaben zur Bilanz
	24	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
	26	Allgemeine Angaben
	27	Gewinnverwendungsvorschlag
	28	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
	29	Bericht des Aufsichtsrats

Auf einen Blick		2016	2015	2014
Gebuchte Bruttobeiträge	in Mio. €	98,3	94,0	89,4
Gemeldete Schäden	in Stück	53.679	60.595	57.742
Zahlungen für Versicherungsfälle (brutto)	in Mio. €	55,4	59,7	54,5
Versicherungstechnische Rückstellungen (brutto)	in Mio. €	123,9	117,1	113,6
Bilanzielle Schadenquote (brutto)	in %	63,3	67,2	62,0
Verwaltungskostenquote	in %	5,8	5,1	5,9
Kostenquote (brutto)	in %	39,9	39,4	41,7
Kapitalanlagen Volumen	in Mio. €	146,3	130,2	135,2
Kapitalanlagen Ergebnis	in Mio. €	6,4	5,1	6,8
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	in Mio. €	2,1	0,3	0,1
Jahresüberschuss	in Mio. €	1,1	0,0	0,0
Anzahl Mitarbeiter		97	96	101

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Peter Meier, Feucht

Vorsitzender
Sprecher des Vorstands
der Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg

Jürgen A. Junker, Burgdorf (bis 29.02.2016)
stellvertretender Vorsitzender (bis 29.02.2016)
ehem. Mitglied des Vorstands
der VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

Dietrich Werner, Hannover (seit 10.03.2016)
stellvertretender Vorsitzender (seit 31.03.2016)
Mitglied des Vorstands
der VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

Liane Karlein-Sommer, Mannheim*
Sachbearbeiterin

Frank Karsten, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands
der Stuttgarter Lebensversicherung a. G., Stuttgart

Manfred Kuhn, Laatzen
ehem. Mitglied des Vorstands
der VHV Vereinigte Hannoversche Versicherung a. G., Hannover

Tobias Rimpel, Langen*
Sachbearbeiter

Uwe Schuhmacher, Mannheim*
Sachbearbeiter

Jürgen Wörner, Mannheim
Mitglied des Vorstands
der Mannheimer Versicherung AG, Mannheim

Dr. Armin Zitzmann, Nürnberg
Vorsitzender des Vorstands
der Nürnberger Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Nürnberg

Vorstand

Ralf Beißer, Weinheim
Sprecher

Michael Diener, Frankfurt am Main

*) von den Arbeitnehmern gewählt

Lagebericht

Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft konnte 2016 mit +1,9% ein solides und stetiges Wachstum erreichen. Das Preisniveau ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5% gestiegen. Der leichte Anstieg resultiert zum einen aus dem auslaufenden Ölpreiseffekt und zum anderen aus der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Der Arbeitsmarkt zeigte sich weiterhin sehr robust. Die Arbeitslosen-zahl lag absolut zum Jahresende 2016 mit 2,7 Mio. (VJ 2,8 Mio.) leicht unter Vorjahresniveau und die Arbeitslosenquote sank auf 6,1% (VJ 6,4%).

Insgesamt sehen wir als Rechtsschutzversicherer damit weiterhin ein positives Wirtschaftsumfeld.

Rechtsschutzmarkt

Im Markt für Rechtsschutzversicherungen ist die Anzahl der Verträge in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben (Prognose für 2016: +1,0%) und in den Beiträgen ist – auch bedingt durch die Beitragsanpassung aufgrund der Treuhänderfeststellung – ein Anstieg für 2016 von 5,5% zu erwarten.

Aufgrund eines signifikanten Anstiegs der Schadenmeldungen ist mit höheren Schadenaufwendungen der Rechtsschutzversicherer zu rechnen (+6,0%; Stand 3. Quartal 2016). Eine weitere, über die seit Oktober 2015 bis September 2016 laufende Beitragsanpassung hinausgehende Beitragsanpassung ist ab Oktober 2016 möglich gewesen. Diese wirkt sich größtenteils aber erst 2017 aus.

Der Anteil der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG (NRV) am deutschen Rechtsschutzmarkt beträgt 2,6% (Stand 31. 12. 2015).

Grundlagen der Gesellschaft

Wir betreiben ausschließlich das selbst abgeschlossene Geschäft.

In der Bundesrepublik Deutschland sind wir in folgenden Bereichen tätig:

- » alle Rechtsschutzversicherungsarten auf der Grundlage der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB),
- » Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung nach den Versicherungsbedingungen für den Vermögensschaden-Rechtsschutz für Aufsichtsräte, Beiräte, Unternehmensleiter und Geschäftsführer (VRB),
- » industrielle Rechtsschutz-Versicherung mit individuellen Bedingungswerken.

In Österreich bieten wir eine Rechtsschutzversicherungsart auf der Grundlage der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB) an.

Für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben wir durch die Aufsichtsbehörde (BaFin) die Zustimmung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Dienstleistungsverkehr erhalten. Dies gilt auch für Island und Liechtenstein.

Unsere Aktionäre sind:

- » Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg
- » VHV Holding AG, Hannover
- » Stuttgarter Lebensversicherung a. G., Stuttgart
- » Continentale Holding AG, Dortmund

Unsere Gesellschaft ist Mitglied:

- » im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV), Berlin,
- » im Versicherungsombudsmann e. V., Berlin,
- » in der Verkehrsofferhilfe e. V., Hamburg,
- » im Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München,
- » im Verein zur Förderung der Versicherungswissenschaft an der Universität Mannheim e. V., Mannheim.

Die Vermittlung der Verträge, die Betreuung unserer Versicherungsnehmer und das Beitragsinkasso erfolgen durch unsere Aktionärsgesellschaften, die mit ihnen verbundenen oder zusammenarbeitenden Versicherungsunternehmen und durch unsere Direktion.

Wir beschäftigen ein Team von Spezialisten, das die Vertriebspartner aktiv in allen fachlichen und akquisitorischen Belangen berät und unterstützt.

Wir vertreiben industrielle Rechtsschutzversicherungen über Makler, die von unserer Tochtergesellschaft GSM Gesellschaft für Straf- und Manager-Rechtsschutz AG (GSM AG) betreut werden.

Die Bestandsführung und die Schadenregulierung werden zentral in unserer Direktion durchgeführt. Durch eine kennzahlenorientierte Steuerung werden die Arbeitsprozesse laufend beobachtet und optimiert. Mit den das eigentliche Rechtsschutzversicherungsgeschäft nicht betreffenden Bereichen befasst sich im Wesentlichen eine unserer Aktionärsgesellschaften gegen Erstattung der hierfür angefallenen Kosten. Nach der Kündigung des bisherigen Dienstleisters wurden 2016 im Rahmen eines Projekts die von diesem durchgeführten Tätigkeiten auf neue Dienstleister planmäßig übertragen. Seit dem 1. Januar 2017 erbringt eine andere Aktionärsgesellschaft diese Dienstleistungen. Wir nutzen Rechenzentren und die Druckdienstleistung von externen hierauf spezialisierten Unternehmen. Auch die Kapitalanlageverwaltung wird durch ein hierfür anerkanntes und spezialisiertes Unternehmen ausgeführt.

Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft lag im Geschäftsjahr mit 61.467 Verträgen bzw. 10,2 Mio. € Bestandsbeitrag sowohl in den Stückzahlen als auch im Beitrag über den Werten des Vorjahres (VJ 55.683 bzw. 10,1 Mio. €; Angaben sind ohne Wiederinkraftsetzung).

Bei 70% der Neuverträge wurde ein Selbstbehalt vereinbart (VJ 65%). Die Akzeptanz der Selbstbehaltstarife steigt damit weiter an.

Am Jahresende befanden sich 450.660 (VJ 447.446) Verträge in unserem Bestand. Die Bestandsbeiträge stiegen im Geschäftsjahr auf 97,7 Mio. € (VJ 93,8 Mio. €).

Die Anzahl der stornierten Verträge lag mit 59.970 Verträgen (VJ 55.663) über dem Vorjahreswert. Auch der Stornobetrag ist mit 10,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (VJ 9,5 Mio. €) gestiegen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde ein Quoten-Rückversicherungsvertrag für einen Großteil des Bestands in Höhe von 30% abgeschlossen. Hierdurch sind die nachfolgenden Positionen für eigene Rechnung nicht unmittelbar mit dem Vorjahr vergleichbar.

Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 98,3 Mio. € (VJ 94,0 Mio. €) und übertrafen deutlich den Planwert. Aufgrund dieser Beitragssteigerung sowie des 2016 abgeschlossenen Quoten-Rückversicherungsvertrags erhöhten sich auch die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge auf 40,4 Mio. € (VJ 16,9 Mio. €).

2016 wurden 53.679 Schäden (VJ 60.595) gemeldet. Der Anteil der Schäden aus dem Nichtverkehrsbereich ist mit 68% (VJ 72%) leicht gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Zahlungen für Versicherungsfälle brutto waren planmäßig rückläufig. Die Zahlungen für Versicherungsfälle f. e. R. beliefen sich im Berichtsjahr auf 36,4 Mio. € (VJ 52,6 Mio. €).

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle f. e. R. lagen mit 74,8 Mio. € aufgrund des neuen Quoten-Rückversicherungsvertrags unter dem Vorjahreswert (VJ 96,2 Mio. €).

Der Rückgang der Schadenzahlungen f. e. R. resultierte zum einen aus den geringeren Zahlungen für Großschäden und zum anderen aus dem Abschluss eines zusätzlichen Quoten-Rückversicherungsvertrags. Ferner haben sich, wie erwartet, keine weiteren Mehrbelastungen aus der Reform des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes ergeben. Die Rechtsstreitigkeiten unserer Kunden mit einem Automobilhersteller im Zusammenhang mit erhöhten Emissionswerten spiegelten sich noch nicht signifikant in den Schadenzahlungen wider.

Um zukünftigen Verpflichtungen mit der notwendigen Sicherheit nachkommen zu können, wurden die Schadenrückstellungen deutlich erhöht. Auch dadurch betrug das Abwicklungsergebnis brutto -7,9 Mio. € (VJ -5,9 Mio. €) bzw. netto -4,2 Mio. € (VJ 0,2 Mio. €).

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb nahmen mit 39,2 Mio. € (VJ 37,0 Mio. €) wie erwartet zu. Netto sanken diese auf 19,3 Mio. € (VJ 25,6 Mio. €). Diese Entwicklung wurde durch gestiegene Rückversicherungsprovisionen bzw. -gewinnanteile durch den Rückversicherer erzielt.

Die versicherungstechnische Rechnung schloss mit einem Verlust von 3,0 Mio. € (VJ 3,6 Mio. €). Die wesentlichen Einflussfaktoren für die Reduzierung des Verlusts waren die Beitragssteigerung, der Rückgang der Schadenaufwendungen sowie geringere Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

Der Kapitalanlagenbestand der NRV belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 146,3 Mio. € (VJ 130,2 Mio. €).

Im Posten Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten war das Geschäftsgebäude mit einem Buchwert von 4,3 Mio. € (VJ 4,4 Mio. €) enthalten.

Der Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere belief sich zum Stichtag auf 38,4 Mio. € (VJ 36,2 Mio. €). Die Anteile an Immobilienspezialfonds erhöhten sich durch die Zeichnung eines weiteren Fonds auf insgesamt 8,7 Mio. € (VJ 6,9 Mio. €).

Schwerpunkt des Portfolios blieb der Posten sonstige Ausleihungen mit 101,9 Mio. € (VJ 88,0 Mio. €). Der überwiegende Anteil davon waren Namensschuldverschreibungen mit 37,9 Mio. € (VJ 27,0 Mio. €) sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen mit 61,5 Mio. € (VJ 58,5 Mio. €).

Im Bestand befanden sich keine Kapitalanlagen mit direktem Exposure gegenüber PIIGS-Staaten.

Saldiert über alle Kapitalanlagen hinweg verfügte die NRV über stille Reserven i. H. v. 20,1 Mio. € (VJ 21,1 Mio. €). Die stillen Reserven betragen 20,8 Mio. € (VJ 21,5 Mio. €). Davon entfielen 11,0 Mio. € (VJ 13,1 Mio. €) auf Anteile an verbundenen Unternehmen, 8,6 Mio. € (VJ 7,7 Mio. €) auf Zinsträger, 0,5 Mio. € (VJ 0,4 Mio. €) auf das Geschäftsgebäude

und 0,6 Mio. € (VJ 0,3 Mio. €) auf Immobilienfonds. Den stillen Reserven standen stille Lasten von 0,6 Mio. € (VJ 0,4 Mio. €) gegenüber.

Nach der Abschreibung im letzten Jahr erfolgte aufgrund der erhaltenen Marktbewertung eine Zuschreibung auf die Anteile eines Spezialfonds in Höhe von 0,4 Mio. € (VJ Abschreibung in Höhe von 0,4 Mio. €).

Insgesamt wurde ein Kapitalanlageergebnis von 6,4 Mio. € (VJ 5,1 Mio. €) erwirtschaftet. Die Erträge aus Kapitalanlagen betragen 6,8 Mio. € (VJ 5,8 Mio. €). Dem gegenüber standen Abschreibungen auf Kapitalanlagen von 0,1 Mio. € (VJ 0,5 Mio. €) und Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von 0,3 Mio. € (VJ 0,2 Mio. €).

Entgegen einem erwarteten Rückgang des Kapitalanlageergebnisses wurde das höhere Kapitalanlageergebnis des Geschäftsjahres insbesondere von einer Zuschreibung auf den ursprünglichen Wert sowie die leicht höheren Erträge aus Beteiligungen geprägt. Mit der GSM AG wurde im Geschäftsjahr ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Bedingt durch die anhaltende Niedrigzinsphase sind die laufenden Erträge weiter rückläufig.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit betrug 2,1 Mio. € (VJ 0,3 Mio. €).

Das außerordentliche Ergebnis betrug wie im Vorjahr -0,1 Mio. € und resultierte aus der ratierlichen Auflösung der Neubewertungen der Pensionsrückstellungen sowie der Rückstellung für Entgeltumwandlung durch die Umstellung nach dem BilMoG.

Nach Steuern betrug der Jahresüberschuss 1,1 Mio. € (VJ 4 T€).

Dies führte unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages von 50 T€ und einer Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen von 0,5 Mio. € (VJ 0,0 Mio. €) zu einem Bilanzgewinn von 0,6 Mio. € (VJ 50 T€), der gemäß Gewinnverwendungsvorschlag in Höhe von 0,6 Mio. € in andere Gewinnrücklagen eingestellt werden soll.

Insgesamt schätzt der Vorstand den Geschäftsverlauf im vergangenen Jahr wie erwartet als gut ein.

Chancen- und Risikobericht

Das aktive Wahrnehmen von Chancen und der kalkulierte Umgang mit Risiken sind die Grundlage für jedes unternehmerische Handeln. Als Versicherer sehen wir insbesondere in dem Umgang mit Risiken unsere Kompetenz. Unser Ziel ist es, Chancen optimal auszuschöpfen und die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken nur dann einzugehen, wenn dadurch ein entsprechender Mehrwert für das Unternehmen erzielt werden kann.

Risikomanagementsystem

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems sind die Risikostrategie, der Prozess der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Prozess) sowie die Prozesse der Risikoidentifikation, -bewertung, -überwachung, -steuerung und -berichterstattung.

Die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete **Risikostrategie** gibt den strategischen Rahmen vor und entspricht einem verbindlichen Handlungsleitfaden für die operative Praxis. Sie enthält insbesondere Angaben zur Auswirkung der Geschäftstätigkeit entsprechend der Planung und Geschäftsstrategie auf die Risikosituation der NRV, zum Umgang mit diesen Risiken und zur vom Vorstand festgelegten Risikotoleranz für das Unternehmen.

Die unternehmenseigene **Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung** ist bei der NRV als Prozess konzipiert, welcher mit der Unternehmensplanung, der SCR-Berechnung und dem Risikomanagementprozess verknüpft ist. Zur Beurteilung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wird analysiert, ob das aus dem SCR-Standardmodell abgeleitete Risikotragfähigkeitskonzept unter Nutzung des von der BaFin genehmigten unternehmensspezifischen Parameters (USP) für das Reserverisiko zum Stichtag ein geeignetes Modell darstellt oder ob es methodischer Änderungen bedarf. Zur Beurteilung der ökonomischen Risikotragfähigkeit spielen darüber hinaus unternehmensindividuelle Stress-Szenarien eine wichtige Rolle. Auf Basis der Berechnungsergebnisse zur ökonomischen Risikotragfähigkeit sowie der Erkenntnisse aus den Szenariorechnungen findet die Beurteilung der Risikotragfähigkeit statt, zu deren Beurteilung über den Planungszeitraum (3 Jahre) eine Projektion der ökonomischen Eigenmittel sowie des (Gesamt-)Solvabilitätsbedarfs über 3 Jahre vorgenommen wird.

Nicht explizit im Standardmodell abgedeckte Risiken werden im Rahmen der regelmäßig durchgeführten **Risikoinventur** durch die Verantwortlichen der Unternehmensbereiche mit Unterstützung der Risikomanagementfunktion (RMF) systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die RMF gibt den hierfür benötigten methodischen Rahmen vor. Sie validiert die von den Geschäftsbereichen vorgenommenen Risikobewertungen, beurteilt die Auswirkungen von Änderungen auf die Gesamtrisikolage und berichtet die Ergebnisse turnusmäßig oder ad hoc an den Vorstand. In Abhängigkeit von den Ergebnissen aus der Risikoinventur und der ökonomischen Risikotragfähigkeit entscheidet der Vorstand über Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Eine transparente, hausweite **Kommunikation und Berichterstattung** in Bezug auf das Risikomanagement ist die Grundlage für eine angemessene Risikokultur. Regelungen zum Kommunikations- und Meldeprozess finden sich in den Leitlinien und sonstigen Dokumentationen der RMF. Danach haben die Risikoverantwortlichen den Vorstand und die RMF turnusmäßig und ggf. außerplanmäßig unverzüglich zu informieren, wenn sich die Risikolage ändert. Die RMF berichtet dem Vorstand im Rahmen des standardisierten Berichtswesens sowie der regelmäßig stattfindenden Jours fixes.

Neben der Aufbauorganisation, die auch den Aufsichtsrat und die Schlüsselfunktionen umfasst, ermöglicht es eine Vielzahl von **Steuerungs- und Kontrollsystemen**, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Hierzu gehören v. a. die im regelmäßigen Limitbericht und Management-Informationssystem beobachteten Kennzahlen. Unter anderem durch einen aktiven Austausch, die Analyse und eine kritische Beurteilung der erhaltenen Informationen wird ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem sichergestellt.

Ergänzt wird das Risikomanagementsystem im engeren Sinn durch das interne Kontrollsystem (IKS), die interne Revision sowie die Compliance-Funktion.

Risikoprofil

Unser Risikoprofil umfasst versicherungstechnische Risiken, Marktrisiken, Forderungsausfall-/Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken.

Das **versicherungstechnische Risiko** bezeichnet dabei das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Ursachen hierfür können natürliche Schwankungen im Schadenverlauf, aber auch falsche Annahmen bei der Kalkulation der Prämien oder Veränderungen in der Risikocharakteristik sein. Bei den versicherungstechnischen Risiken dominiert in der Schaden- und Unfallversicherung das Prämien- und Reserverisiko. Das Prämienrisiko entspricht dabei dem Risiko, dass die vereinnahmten Prämien des aktuellen Geschäftsjahrs nicht ausreichen, die anfallenden Versicherungsleistungen und Kosten zu erbringen. Das Reserverisiko bezeichnet dagegen das Risiko, dass die Rückstellungen für die bereits eingetretenen Schäden der Vorjahre nicht ausreichend sind. Kumulrisiko bezeichnet das Risiko, dass durch den Eintritt eines zufälligen Ereignisses eine Vielzahl von Schäden ausgelöst werden. Die versicherungstechnischen Risiken werden im Rahmen der SCR-Berechnung bewertet und mit Risikokapital unterlegt. Darüber hinaus hat die NRV weitere Maßnahmen und Kontrollen zur laufenden Überwachung eingeleitet. Hierzu zählen z. B.

- » eine bedarfsgerechte Prämienkalkulation,
- » ein ständiges Controlling mit Bezug zu versicherungstechnischen Risiken, z. B. Neugeschäft, Stornoquote und Zahlungsquote,
- » eine ausgewogene Mischung der versicherten Risikoarten,
- » ein aktives Schaden- und Sanierungsmanagement,
- » Bildung von Sonderreferaten zur Beobachtung von Risikokonzentrationen,
- » Risikoausschlüsse,
- » Weitergabe von großen Einzel- oder Kumulrisiken an den Rückversicherer,
- » eine risikogerechte Gestaltung der Rückversicherung.

Die NRV hat zum 31. Dezember 2016 ausschließlich Verträge mit Rückversicherungsunternehmen, die mit den Ratingklassen A+ bis A bewertet sind.

Zur Erfüllung der eingegangenen Leistungsversprechen in der Zukunft ist es für Versicherungsunternehmen erforderlich, Kapital in Vermögensgegenständen verschiedener Art anzulegen. Unter dem **Marktrisiko** wird das Risiko eines Verlustes bzw. eines Ergebnisrückgangs aufgrund von Veränderungen der Finanzlage verstanden, die sich direkt oder indirekt aus der Volatilität der Marktpreise für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ergeben. Unter den Marktrisiken sind aufgrund der Struktur des Kapitalanlageportfolios vor allem das Spread-, Konzentrations- und Immobilienrisiko von hoher Bedeutung. Die Risiken aus Aktien (strategische Beteiligungen) und Zinsänderungen spielen betragsmäßig bei der NRV eine untergeordnete Rolle. Das Währungsrisiko hat aufgrund nicht vorhandener direkter Fremdwährungsanlagen keine Bedeutung.

Die Ratingstruktur der verzinslichen Ausleihungen einschließlich des Spezialfonds stellt sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Ratingklasse	Anteil in %	Vorjahr
AAA	20,0	17,1
AA	16,9	19,7
A	26,2	34,5
BBB+	21,8	9,4
BBB	7,0	9,0
BBB-	6,2	7,2
< BBB-	1,9	2,2
Not rated	0,0	0,9

Die Marktrisiken werden im Rahmen der SCR-Berechnung bewertet und mit Risikokapital unterlegt.

Zum Stichtag betrug der Marktwert der zinssensitiven Kapitalanlagen 137,8 Mio. €. Im Falle einer Zinsänderung würde sich deren Marktwert wie folgt verändern:

Zinsstress	Geschäftsjahr	Vorjahr
+20 bp	-1,6	-1,3
-20 bp	+1,6	+1,3

Darüber hinaus hat die NRV weitere Maßnahmen und Kontrollen zur laufenden Überwachung eingeleitet. Hierzu zählen z. B.

- » die Anlagestrategie mit Informationen zu Anlagezielen, Strategien, Richtlinien und Bandbreiten (Limits) für die Kapitalanlagen. Sie wird abgeleitet aus der internen Strategischen-Asset-Allocation (SAA) und in Bezug auf die Angemessenheit jährlich überprüft,
- » die Anlagepolitik, z. B. wird der größte Teil des Portfolios in Zinsträgern mit guter Bonität angelegt. Zur Diversifikation werden insbesondere Immobilienfonds eingesetzt, welche die Entwicklung der Kapitalanlage unabhängiger von der Zinsentwicklung machen sollen,
- » das eingerichtete Limitsystem,
- » das Kapitalanlage-Controlling.

Unter dem **Kreditrisiko** (Forderungsausfallrisiko) versteht man das Risiko eines Verlustes aufgrund eines Ausfalls von Geschäftspartnern. Die Kreditrisiken umfassen bei der NRV Forderungsausfälle in Bezug auf die passive Rückversicherung/Mitversicherung, Bankeinlagen sowie Versicherungsnehmer/Versicherungsvermittler.

Die Forderungsausfallrisiken werden im Rahmen der SCR-Berechnung bewertet und mit Risikokapital unterlegt. Darüber hinaus hat die NRV weitere Maßnahmen und Kontrollen zur laufenden Überwachung eingeleitet. Hierzu zählen z. B.

- » die Auswahl von Rückversicherungspartnern mit einem Rating von mindestens A sowie eine enge Kommunikation des Vorstands mit dem Rückversicherer,
- » der Prozess der Beurteilung externer Ratings und im Zuge dessen die jährliche Plausibilisierung der qualitativen Beurteilung,
- » ein qualifiziertes Mahnwesen durch die inkassobetriebenden Konsortialpartner,
- » Einlagen nur bei Banken mit einem Rating von A oder solchen Banken, die auf Basis einer internen Analyse als sicher eingestuft werden.

Das **Liquiditätsrisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes, der dadurch entsteht, dass ein Unternehmen nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Das Liquiditätsrisiko ist nicht Teil der SCR-Berechnung, sondern wird im Rahmen der Risikoinventur durch den Risikoverantwortlichen beurteilt. Als Ergebnis aus dieser qualitativen Beurteilung der Liquiditätsrisiken im Rahmen der Risikoinventur werden Liquiditätsrisiken aufgrund der laufenden Beitragseinnahmen und der hohen Fungibilität der Kapitalanlagen bei der NRV als nicht wesentliches Risiko beurteilt. Daher erfolgt keine Anpassung des SCR-Standardmodells bzw. keine weitere Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung. Um ein möglicherweise schleichend auftretendes Liquiditätsrisiko frühzeitig zu erkennen, wird eine laufende Überwachung der Liquidität und der ausgewogenen Fälligkeitsstruktur durch das Kapitalanlage-Controlling vorgenommen. Hierzu dienen insbesondere eine laufend aktualisierte Liquiditätsplanung und die Überwachung der Limiteinhaltung festgelegter Kennzahlen bzgl. des Liquiditätsrisikos.

Die **sonstigen Risiken** umfassen operationelle, strategische und Reputationsrisiken.

- » Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aufgrund von unangemessenen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus system-, mitarbeiterbedingten bzw. externen Vorfällen. Es umfasst u. a. auch Rechts-/Compliance-Risiken.
- » Das strategische Risiko ist das Risiko einer nachteiligen Entwicklung des Unternehmens, das sich aus Geschäftsentscheidungen oder mangelhafter Umsetzung von Geschäftsentscheidungen ergibt. Zum strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass einmal getroffene Geschäftsentscheidungen nicht an ein geändertes Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Hierbei stellen die Kündigungen bzw. Sanierungsmaßnahmen von Geschäftspartnern bzw. größerer Bestände wesentliche Risiken dar, für die auch Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen wurden.
- » Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens, hervorgerufen durch eine Verschlechterung des Renommees oder des Gesamteindrucks infolge einer negativen Wahrnehmung bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären oder Aufsichtsbehörden.

Die sonstigen Risiken sind nicht Teil der SCR-Berechnung bzw. werden nur pauschal berücksichtigt und daher im Rahmen der Risikoinventur durch den Risikoverantwortlichen beurteilt. Als Ergebnis aus der qualitativen Beurteilung der operationellen, strategischen und Reputationsrisiken im Rahmen der Risikoinventur ist keine marktüberdurchschnittliche Exponierung gegenüber diesen Risiken ersichtlich. Daher erfolgt keine Anpassung des SCR-Standardmodells bzw. keine weitere Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung.

Die NRV hat zur Steuerung und Überwachung Maßnahmen und Kontrollen eingeleitet. Hierzu zählen z. B.

- » Dokumentierung von Prozessen und Kontrollen,
- » Wettbewerbs- und Marktanalysen,
- » im System hinterlegte Vollmachtenregelungen mit definiertem Freigabeprozess,
- » Vertragsgestaltung (z. B. mit Ausstiegsklauseln),
- » Controlling wichtiger Kennzahlen,
- » regelmäßige Prüfung durch die interne Revision,
- » mittelfristige Personalplanung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Seminare und Anreize z. B. durch Sonderaufgaben,
- » Konsortenmanagement,
- » Compliance-Aktivitäten (z. B. Compliance-Leitfaden, -Test, regelmäßige Risikointerviews),
- » eine breite Streuung bzgl. der Vertriebspartner,
- » Einsatz standardisierter Software,
- » Tests vor Produktivsetzung,
- » tägliche Datensicherung,
- » redundante Datenhaltung in zwei Rechenzentren mit räumlicher Trennung und unterbrechungsfreier Stromversorgung.

Für die Solvabilität und Eigenmittel wurden die geltenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt.

Insgesamt kann der Vorstand keine Entwicklung erkennen, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig und wesentlich beeinträchtigt. Den Fortbestand der Gesellschaft sehen wir auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung in keiner Weise gefährdet.

Das Risikomanagementsystem wird im Hinblick auf die Anforderungen von Solvency II seit einigen Jahren ständig weiterentwickelt. Dies wird auch in den nächsten Jahren noch anhalten. Der Vorstand geht weiterhin davon aus, dass wir die quantitativen Anforderungen aus Solvency II dauerhaft erfüllen können.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr haben wir durchschnittlich 97 Mitarbeiter (VJ 96 Mitarbeiter) beschäftigt.

Um den sehr guten Ausbildungsstand unserer Mitarbeiter zu erhalten bzw. auszubauen, geben wir unseren Mitarbeitern Gelegenheit, interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen zu besuchen. Wir führen laufend im Rahmen unseres Qualitätsmanagements individuelle Fördergespräche.

Die Gesellschaft hat Zielgrößen für den Frauenanteil gemäß § 76 Abs. 4 AktG bestimmt. Die festgelegten Zielgrößen sind für den Vorstand 0% und für die erste Führungsebene 25%. Diese Zielgrößen werden bereits seit 2015 eingehalten.

Prognosebericht

Für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft geht der Vorstand von einem moderaten Wirtschaftswachstum, einem gegenüber 2016 stärkeren Preisanstieg, konstanten Arbeitsmarktzahlen und damit einem weiterhin positiven Wirtschaftsrahmen aus.

Auch für den Rechtsschutzmarkt erwarten wir im kommenden Jahr keine maßgebliche Veränderung der Rahmenbedingungen.

Die Neu- und Mehrbeiträge in den ersten Wochen 2017 liegen leicht niedriger als im Vorjahr. Wir erwarten ein leicht rückläufiges Neugeschäft. Die bisherigen Schadenzahlungen verlaufen leicht unter dem Vorjahresniveau.

2017 werden das Thema Digitalisierung, die Förderung des Neugeschäfts, das Schaden- und Sanierungsmanagement, die Prozessoptimierung der ausgelagerten Dienstleistungen und der weitere Umgang mit regulatorischen Anforderungen (z. B. Solvency II, Compliance, IDD) im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen.

Gemäß unserem Vertriebskonzept werden wir durch unsere Direktionsbeauftragten, unterstützt durch unseren Vertriebs- und Kundenservice, weiterhin eine individuelle und professionelle Betreuung der Vertriebspartner sicherstellen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen wurde 2015 von unserer Seite für größere Bestände bzw. Geschäftspartner die Kündigung zum 31. Dezember 2016 ausgesprochen. Als Auswirkung daraus planen wir 2017 einen entsprechenden Beitragsrückgang.

Durch die vorgenannten Sanierungsmaßnahmen und die erwarteten geringeren Zahlungen für Großschäden gehen wir insgesamt von einem leichten Rückgang der Schadenzahlungen aus.

Die Kostenquote erwarten wir, durch stabil bleibende Aufwendungen bei gleichzeitigem Rückgang des Beitragsvolumens, leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Unsere Kapitalanlagestrategie ist weiterhin darauf ausgelegt, die laufenden Erträge trotz der Niedrigzinsphase bei vertretbarem Risiko stabilisieren zu können. Das Kapitalanlageergebnis sehen wir leicht unter Vorjahresniveau.

Insgesamt gehen wir im Prognosejahr 2017 von einem leicht positiven Ergebnis aus.

Dank

Der Vorstand dankt den Führungskräften sowie den Mitarbeitern im Innen- und Außendienst der Aktionärs-gesellschaften für ihren Einsatz. Unser Dank gilt gleichermaßen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gesellschaft, die mit großem Engagement ihre Aufgaben erfüllt haben, sowie dem Betriebsrat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bilanz zum 31. Dezember 2016
Aktiva

	€	2016 €	€	2015 T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.306.461	1.960
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		4.303.630		4.376
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.625.000		1.625
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		38.405.228		36.163
2. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	37.951.621			27.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	61.500.000			58.500
c) Übrige Ausleihungen	2.500.000			2.500
		101.951.621		88.000
			146.285.479	130.165
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	736.123			1.005
2. Versicherungsvermittler	4.529.232			4.820
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 3.782.148 € (VJ 3.980.425 €)				
		5.265.354		5.825
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.669.230		3.921
III. Sonstige Forderungen		3.915.684		3.967
davon an verbundene Unternehmen 2.659.901 € (VJ 1.858.582 €)				
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 24.887 € (VJ 9.390 €)				
davon aus Steuern 664.254 € (VJ 740.944 €)				
			10.850.268	13.713
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		406.773		522
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		7.149.068		9.911
			7.555.841	10.432
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.875.934		1.797
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		21.885		20
			1.897.819	1.817
F. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			129.381	90
			168.025.249	158.176

Passiva

	€	2016 €	€	2015 T€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		5.665.000		5.665
II. Kapitalrücklage		7.822.096		7.822
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	76.694			77
2. Andere Gewinnrücklagen	7.201.288			6.672
		7.277.982		6.748
IV. Bilanzgewinn		579.592		50
			21.344.670	20.285
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			5.000.000	5.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	17.782.911			17.456
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	144.364			18
		17.638.546		17.438
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	105.914.530			99.338
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	31.140.815			3.177
		74.773.715		96.161
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	209.315			301
		209.315		301
			92.621.576	113.900
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.353.159		9.984
II. Steuerrückstellungen		1.223.953		392
III. Sonstige Rückstellungen		4.649.041		2.964
			16.226.153	13.340
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			27.424.179	0
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	368.354			400
2. Versicherungsvermittlern	70.840			101
davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 0 € (VJ 0 €)				
		439.194		501
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 33.860 € (VJ 2.290 €)		33.860		2
III. Sonstige Verbindlichkeiten		4.935.618		5.148
davon gegenüber verbundenen Unternehmen 3.311.257 € (VJ 2.773.104 €) davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 9.795 € (VJ 37.352 €) davon aus Steuern 1.431.788 € (VJ 1.553.390 €)				
			5.408.671	5.651
			168.025.249	158.176

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	€	2016 €	€	2015 T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	98.297.280			94.004
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-40.429.256			-16.901
		57.868.024		77.102
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-326.522			-829
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	210.872			14
		-115.650		-815
			57.752.374	76.288
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			11.399	10
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-55.411.099			-59.715
bb) Anteil der Rückversicherer	18.966.506			7.080
		-36.444.593		-52.636
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-6.576.258			-2.895
bb) Anteil der Rückversicherer	1.425.913			1.048
		-5.150.345		-1.847
			-41.594.937	-54.482
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			91.834	204
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-39.218.492		-37.013
b) davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		19.919.704		11.416
			-19.298.788	-25.597
6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			0	0
7. Zwischensumme			-3.038.118	-3.578
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			0	0
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-3.038.118	-3.578

	€	2016 €	€	2015 T€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	0			378
davon aus verbundenen Unternehmen 0 € (VJ 378.000 €)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	294.537			295
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.393.957			3.705
c) Erträge aus Zuschreibungen	414.625			0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0			46
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2.659.901			1.421
		6.763.020		5.845
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-332.701			-220
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-72.722			-487
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0			0
		-405.424		-707
3. Sonstige Erträge			6.357.596	5.138
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen 116.405 € (VJ 0 €)		709.488		851
davon Erträge aus dem Deckungsvermögen abzüglich der Aufwendungen aus Zinszuführungen zu den Altersversorgungsrückstellungen 8.533 € (VJ 0 €)				
4. Sonstige Aufwendungen		-1.943.089		-2.075
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen 2.640 € (VJ 57.075 €)				
davon Aufwendungen aus Zinszuführungen zu den Altersversorgungsrückstellungen abzüglich des Ertrags aus dem Deckungsvermögen 15.716 € (VJ 28.526 €)				
			-1.233.601	-1.224
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.085.877	336
6. Außerordentliche Erträge		0		0
7. Außerordentliche Aufwendungen		-136.525		-137
8. Außerordentliches Ergebnis			-136.525	-137
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-939.389		-88
10. Sonstige Steuern		49.329		-108
			-890.059	-196
11. Jahresüberschuss			1.059.293	4
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			49.946	46
			1.109.238	50
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			-529.646	0
14. Bilanzgewinn			579.592	50

Anhang

Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, wurden die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung in vollen Euro, also ohne Cent-Angaben, aufgestellt. Die einzelnen Positionen, Zwischen- und Endsummen wurden jeweils kaufmännisch auf- bzw. abgerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Allgemeines

Der Jahresabschluss der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft mit Sitz in Mannheim wurde nach den Vorschriften des HGB und der RechVersV in der jeweils aktuellen Fassung aufgestellt. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 179 im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim eingetragen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die unter den immateriellen Vermögensgegenständen zu Anschaffungskosten aktivierte, entgeltlich erworbene Software wird linear abgeschrieben. Der Abschreibungsbeginn erfolgt mit Nutzungsbeginn, die grundsätzlich angenommene Nutzungsdauer beträgt 4 Jahre. Ausnahmen sind das Programm „Winsure“, das 2012 eingeführte Programm „Salesfriend“ sowie das 2016 eingeführte Programm „Winsure Inkasso“ mit einer angenommenen Nutzungsdauer von 8 Jahren sowie eine Datenbankanwendung aus 2013 mit einer angenommenen Nutzungsdauer von 7 Jahren und die Homepage mit 5 Jahren. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden nicht aktiviert.

Kapitalanlagen

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden zu Anschaffungskosten aktiviert. Dieser Posten beinhaltet ausschließlich das selbst genutzte Gebäude, das über 50 Jahre linear abgeschrieben wird.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten aktiviert.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden aufgrund der Vorschriften des § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern diese nicht dazu bestimmt werden, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen). Wertpapiere und Anteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet werden, sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip und Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die Gesellschaft hat wie im Vorjahr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den aus Rentenpapieren bestehenden Spezialfonds Ampega Alpha nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341b Abs. 2, 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB zu bewerten. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten. Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen nach vorausgegangenem Abschreibungen im Rentenfonds werden bis zu dem dauerhaft beizulegenden Wert, höchstens jedoch bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Zuschreibung in Höhe von 415 T€.

Die Immobilienfonds werden ebenfalls dem Anlagevermögen zugeordnet und somit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 341b Abs. 2, 2. Halbsatz HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB bewertet. Im Geschäftsjahr lag der Zeitwert eines Fonds mit 1.478 € unter den Anschaffungskosten. Da zum Stichtag von einer dauerhaften Wertminderung nicht ausgegangen wird, unterbleibt eine außerplanmäßige Abschreibung im Sinne des § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB. Bei den restlichen Immobilienfonds übersteigt der Zeitwert die bilanzierten Anschaf-

fungskosten. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen sowie Darlehen und übrigen Ausleihungen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert (fortgeführte Anschaffungskosten).

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nennbeträgen angesetzt.

Die zur Insolvenzsicherung von Versorgungsansprüchen der Mitarbeiter aus Altersteilzeit nach § 8a ATZG erworbenen Fonds Fürst Fugger Depot Immorent sind in voller Höhe an die Arbeitnehmer abgetreten und somit dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Da der beizulegende Zeitwert die zugrunde liegende Verpflichtung nicht übersteigt, erfolgt der Ausweis unter den sonstigen Rückstellungen.

Forderungen

Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler sind mit den Nominalbeträgen bewertet. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Alle übrigen Forderungen sind ebenfalls mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Das unter den Forderungen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben wurde wegen einer Laufzeit der Ansprüche unter einem Jahr nicht diskontiert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer liegt zwischen 3 und 15 Jahren. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert unter 150 € werden sofort aufwandswirksam erfasst, Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 150 € bis 410 € werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Bei einem Wert über 410 € erfolgt eine Aktivierung verbunden mit einer laufzeitabhängigen Abschreibung.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind mit den Nominalbeträgen eingestellt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen und Mieten und sonstige Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder abbauende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei werden bei der NRV nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei ihren Organtöchtern, der JURCALL GmbH und GSM Gesellschaft für Straf- und Manager-Rechtsschutz AG, bestehen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Gesellschaft von aktuell 30,9%. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergibt sich aus der Neubewertung der Pensions-, Jubiläums- und Altersteilzeitrückstellungen nach § 253 Abs. 2 HGB sowie aus der realitätsnahen Bewertung der Schadenreserven eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Zur Absicherung der Rückstellung für arbeitnehmerfinanzierte Versorgungszusagen hat die Gesellschaft für jeden versicherten Mitarbeiter mit der Protector Lebensversicherungs-AG, Berlin, und der Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg, Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen. Diese Versicherungen sind an den jeweiligen Mitarbeiter verpfändet und somit dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen. Nach § 246 Abs. 2 HGB wird der beizulegende Zeitwert mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Da der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung die zugrunde liegende Verpflichtung übersteigt, erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens liegt um 4 T€ über den Anschaffungskosten, wodurch in gleicher Höhe eine Ausschüttungssperre besteht, sofern die Gesellschaft nicht über genügend frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile verfügt. Die Anschaffungskosten nach § 255 Abs. 1 HGB bzw. die beizulegenden Zeitwerte nach § 255 Abs. 4 HGB der verrechneten Vermögensgegenstände belaufen sich insgesamt auf 698 T€. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB 569 T€. Damit ergibt sich ein Aktivüberhang in Höhe von 129 T€. Die saldierten Erträge und Aufwendungen belaufen sich auf 9 T€.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennbetrag angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft sind unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro Versicherungsvertrag dem tageweise ermittelten Bedarf entsprechend berechnet worden. Bei der Bemessung der Kostenanteile, die von den Bruttobeitragsüberträgen abzusetzen sind, haben wir die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Geschäfts ist für jeden mit Ereignisjahr 2012 und früher noch nicht endgültig abgerechneten bekannten Versicherungsfälle sowie für alle bekannten Versicherungsfälle des industriellen Rechtsschutzgeschäfts die Höhe der voraussichtlich entstehenden Aufwendungen im Einzelnen ermittelt und zurückgestellt worden. In den Schadenrückstellungen sind außerdem Pauschalbeträge für bereits eingetretene, uns aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle und für zu früh geschlossene Schadenakten sowie für in den Geschäftsjahren 2013 bis 2016 gemeldete Versicherungsfälle mit Ereignisjahren 2013 und später enthalten. Die Höhe der zurückgestellten Beträge entspricht den Erfahrungswerten. Die Schadenrückstellungen enthalten auch die Reserven für die im Zusammenhang mit der weiteren Abwicklung erwarteten Regulierungsaufwendungen. Bei ihrem Ansatz fanden die steuerlichen Vorschriften Beachtung. RPT-Forderungen wurden in Höhe von 194.390 € abgesetzt.

Die für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft ausgewiesenen Beträge ergeben sich aus den vertraglichen Vereinbarungen.

Die Schwankungsrückstellung wird gemäß § 29 RechVersV berechnet.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen betreffen die Rückstellung für Beitragsstorno. Diese ist nach Erfahrungssätzen auf der Basis statistischer Unterlagen errechnet worden.

Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 10 Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB n. F. Für die Bewertung zum 31. Dezember 2016 wurde ein hochgerechneter Rechnungszins von 4,0% verwendet. Der nach altem Recht hochgerechnete Rechnungszins bei einem durchschnittlichen Zinssatz der letzten 7 Jahre betrug 3,22%. Daraus ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.553 T€. Der Unterschiedsbetrag ist gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB n. F. ausschüttungsgespermt, sofern die Gesellschaft nicht über genügend frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile verfügt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Dabei gehen wir derzeit von jährlichen Anpassungen von 1,5% bzw. 0% bei den Entgelten und von 1,0% bzw. 1,5% bei den Renten aus. Die Fluktuation wird mit 4,0% angenommen.

Durch die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG im Geschäftsjahr 2010 ergibt sich bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ein Zuführungsbetrag in Höhe von insgesamt 2.048 T€. Dieser wird gemäß dem Wahlrecht des Art. 67 EGHGB Abs. 1 im Geschäftsjahr 2010 und den darauf folgenden 14 Geschäftsjahren mit mindestens einem Fünfzehntel angesammelt. Gemäß Art. 67 EGHGB Abs. 7 werden die Aufwendungen aus der Anwendung des Art. 67 EGHGB Abs. 1 unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen. Der in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 noch nicht berücksichtigte Zuführungsbetrag beläuft sich auf 1.092 T€.

Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wird nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 19. Juni 2013 und auf Basis des BilMoG bewertet.

Bei der Bewertung der Aufstockungszahlung wurde der volle Barwert der Verpflichtung angesetzt. Der zugrunde liegende Zinssatz von 3,22% entspricht nach § 253 Abs. 2 HGB dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 7 Jahre, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Es wird eine Bezügedynamik von 1,5% unterstellt.

Die Gesellschaft bilanziert Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen nur für Empfänger von Altersteilzeitleistungen und solche Anwärter, die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen haben.

Die zur Absicherung der Altersteilzeit erworbenen Fonds Fürst Fugger Depot Immorent sind in voller Höhe an die Arbeitnehmer abgetreten und somit dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen. Nach § 246 Abs. 2 HGB wird der beizulegende Zeitwert mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Da der Wert der Wertpapiere die zugrunde liegende Verpflichtung nicht übersteigt, erfolgt der Ausweis unter den sonstigen Rückstellungen.

Die Bewertung der Rückstellung für Jubiläen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellung. Die verwendeten versicherungsmathematischen Rechnungsgrundlagen entsprechen bis auf den Rechnungszins ebenfalls denen der Pensionsrückstellung. Bei der Rückstellung für Jubiläen wurde der Rechnungszins analog zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen verwendet.

Die Steuerrückstellungen sowie die sonstigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern, die Abrechnungsverbindlichkeiten sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert. Alle Verbindlichkeiten mit Ausnahme der kompletten nachrangigen Verbindlichkeiten sowie aller Depotverbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als 1 Jahr.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Nachrangdarlehen gegenüber der Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg, der Hannoversche Lebensversicherung AG, Hannover, der Stuttgarter Lebensversicherung a. G., Stuttgart, sowie der Continentale Holding AG, Dortmund, die ab dem 20. Dezember 2022 erstmals durch die Gesellschaft gekündigt werden können.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Der Zeitwert von Bürogebäude und Grundstück ergibt sich aus einer 2016 durchgeführten Verkehrswertermittlung auf Basis des Ertragswerts.

Der Zeitwert der Wertpapiere ist nach den Börsenwerten zum 31. Dezember 2016 ermittelt worden. Die Zeitwerte der Investmentanteile resultieren aus der durch die Depotbank bestätigten Bewertung der Kapitalanlagegesellschaft zum Bilanzstichtag. Der Anteilsbesitz der Gesellschaft an den zu 81% aus Rentenfonds und zu 19% aus Immobilienfonds bestehenden Investmentanteilen beträgt mehr als 10%.

Anlageziel der Investmentanteile ist die Generierung langfristig stabiler Erträge. Die Ausschüttungen im Geschäftsjahr beliefen sich bei den Immobilienfonds auf 407 T€, bei den Rentenfonds erfolgte im Geschäftsjahr keine Ausschüttung. Während es bei den Rentenfonds keine Beschränkung zur täglichen Rückgabe gibt, erfolgt die Rücknahme bei den Immobilienfonds nur einmal pro Monat jeweils am letzten Bankarbeitstag und nur bei einer Rücknahmesumme von mindestens 50 T€.

Die Gesamtübersicht zum Investmentvermögen stellt sich im Geschäftsjahr 2016 nach § 285 Nr. 26 HGB wie folgt dar:

	Buchwert zum 31.12.2016 €	Marktwert zum 31.12.2016 €	Bewertungs- reserve €	Ausschüttung 2016 €	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung €
Rentenfonds	29.270.400	29.685.025	1.140.575	0	Ja	0
Immobilienfonds	7.160.724	8.720.203	642.844	406.797	Nein	1.478

Die Gesellschaft hat von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB Gebrauch gemacht, Investmentanteile im Buchwert von 38.405 T€ dazu zu bestimmen, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Diese Kapitalanlagen werden wie Anlagevermögen gemäß § 253 Abs. 3 HGB behandelt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Marktwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile beträgt 40.189 T€. Es ergeben sich somit Bewertungsreserven in Höhe von 1.783 T€.

Bei den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie den sonstigen Darlehen werden die Zeitwerte auf Basis von Zinsstrukturkurven mit Risikoaufschlägen für die verschiedenen Emittenten berechnet.

Zum Stichtag besteht für 5 Namensschuldverschreibungen und 2 Schuldscheindarlehen eine stille Last von insgesamt 640 T€ bei einem Buchwert von 20.952 T€. Nach unserer Einschätzung liegt aufgrund der Ratings und der langen Laufzeit dieser Papiere keine dauerhafte Wertminderung vor, sodass eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 unterblieben ist.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen bewertet. Die Zeitwerte der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden auf der Grundlage eines Ertragswertverfahrens berechnet.

Aktiva Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte 31.12.2015	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte 31.12.2016
	€	€	€	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.959.745	262.188	0	0	0	915.472	1.306.461
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.376.352	0	0	0	0	72.722	4.303.630
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.625.000	0	0	0	0	0	1.625.000
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	36.163.426	1.827.178	0		414.625		38.405.228
2. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	26.999.927	10.951.791	0	97	0	0	37.951.621
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	58.500.000	6.000.000	0	3.000.000	0	0	61.500.000
c) Übrige Ausleihungen	2.500.000	0	0	0	0	0	2.500.000
3. Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0		0	0	0
Summe B.	130.164.705	18.778.969	0	3.000.097	414.625	72.722	146.285.479
Insgesamt	132.124.450	19.041.157	0		0	988.195	147.591.940

Zeitwerte und Bewertungsreserven

	Buchwert 31.12.2016	Zeitwert 31.12.2016	Bewertungs- reserven 31.12.2016
	€	€	€
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.303.630	4.800.000	496.370
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.625.000	12.637.396	11.012.396
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	38.405.228	40.188.648	1.783.420
Sonstige Ausleihungen	101.951.621	108.789.061	6.837.440
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0
Insgesamt	146.285.479	166.415.105	20.129.626

Verbundene Unternehmen und Beteiligungen von mindestens 20 %

Verbundene Unternehmen	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	in %	€	€
JURCALL GmbH, Mannheim	100	681.625	1.619.290
JURCASH GmbH, Mannheim	100	48.219	21.597
DZM Deutsches Zentrum für Mediation GmbH i. L., Mannheim	100	30.058	1.286
GSM Gesellschaft für Straf- und Manager- Rechtsschutz AG, Köln	100	625.381	1.040.612

Mit der JURCALL GmbH, Mannheim, besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Mit der JURCASH GmbH, Mannheim, wurde ein Beherrschungsvertrag geschlossen. Mit der GSM Gesellschaft für Straf- und Manager-Rechtsschutz AG, Köln, besteht seit dem 31.10.2016 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. In der Gesellschafterversammlung vom 23.12.2015 wurde die Auflösung des DZM Deutsches Zentrum für Mediation GmbH i. L., Mannheim, mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2015 beschlossen.

Ein Konzernabschluss wird nicht erstellt, da die Gesellschaften für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung i. S. d. § 296 Abs. 2 HGB sind.

Passiva

	2016 €	2015 T€
Pos. A. I. Gezeichnetes Kapital		
Das voll eingezahlte gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 11.000 auf den Namen lautende Stückaktien à 515 €	5.665.000	5.665
Pos. A. II. Kapitalrücklage		
Stand 31. 12.	7.822.096	7.822
Pos. A. III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	76.694	77
2. Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01. 01.	6.671.642	6.672
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	529.646	0
Einstellung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahrs	0	0
Stand 31. 12.	7.201.288	6.672
Insgesamt	7.277.982	6.748
Pos. A. IV. Bilanzgewinn	579.592	50
davon Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	49.946	46
Pos. C. Versicherungstechnische Bruttorückstellungen		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	123.906.756	117.096
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	123.906.756	117.096
Pos. C. II. Bruttorückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	105.914.530	99.338
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	105.914.530	99.338
Pos. D. III. Sonstige Rückstellungen		
Aus Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	854.140	860
Aus Verpflichtungen gegenüber Aufsichtsrat und Vorstand	709.185	692
Aus Verpflichtungen gegenüber Vermittlern	408.828	1.058
Aus Verpflichtungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, aus der Umstellung von bestehenden Dienstleistungsverträgen	2.061.250	0
Übrige	615.638	354
Insgesamt	4.649.041	2.964

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 €	2015 T€
Pos. I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge		
Selbst abgeschlossenes Rechtsschutzversicherungsgeschäft, vermindert um die Veränderung der Pauschalwertberichtigung zu den Beitragsforderungen an Versicherungsnehmer	98.297.280	94.004
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	98.297.280	94.004
Verdiente Bruttobeiträge		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	97.970.758	93.175
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	97.970.758	93.175
Verdiente Nettobeiträge		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	57.752.374	76.288
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	57.752.374	76.288
Pos. I.3. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle (einschl. Schadenregulierungsaufwendungen)		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	61.987.356	62.610
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	61.987.356	62.610
Pos. I.5.a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	39.218.492	37.013
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	39.218.492	37.013
davon entfallen auf:		
a) Abschlussaufwendungen	3.453.127	3.443
b) Verwaltungsaufwendungen	35.765.365	33.570
Rückversicherungssaldo*		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	93.740	2.657
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	93.740	2.657

Die Anteile des Rückversicherers an den Schadenzahlungen und Schadenreserveveränderungen ergeben sich aus den vertraglichen Vereinbarungen.

* Negatives Vorzeichen bedeutet zugunsten der Rückversicherung (Saldo aus den verdienten Beiträgen der Rückversicherer und den Anteilen der Rückversicherer an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb)

	2016 €	2015 T€
Pos. I.9. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-3.038.118	-3.578
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	0	0
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-3.038.118	-3.578
Das versicherungstechnische Ergebnis f. e. R. bleibt im Wesentlichen gleich.		
Pos. II.1.e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	2.659.901	1.421
Die Erträge resultieren mit 1.619.289 € aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der JURCALL GmbH vom 10.12.2009 und mit 1.040.612 € aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der GSM Gesellschaft für Straf- und Manager-Rechtsschutz AG vom 31.10.2016.		
Pos. II.7. Außerordentliche Aufwendungen	-136.525	-137
Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus der ratierlichen Auflösung der Neubewertungen der Pensionsrückstellungen sowie der Rückstellung für Entgeltumwandlung durch die Umstellung nach dem BilMoG.		
Pos. II.9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-939.389	-88

Der Steueraufwand des Geschäftsjahrs beläuft sich auf 751.417 €.

Die Aufwendungen für Vorjahre betragen 187.972 €.

Hierin sind Erträge in Höhe von 381.763 € enthalten.

Anzahl der Versicherungsverträge

Die Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im Geschäftsjahr zum 31.12.2016 beträgt 450.660 (Stand 31.12.2015: 447.446).

Angaben zur Vermögensverrechnung nach § 285 Nr. 25 HGB

2016
€

Erfüllungsbetrag der Rückstellung für Altersteilzeit	289.003
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände beizulegender Zeitwert	97.138
Aufwendungen aus der Zinszuführung der Rückstellung für Altersteilzeit	100.943
Erträge aus dem Deckungsvermögen	16.552
	836

Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis zum 31.12.2016.

Da dieser die Anschaffungskosten um 3.805 € übersteigt, besteht in dieser Höhe eine Ausschüttungssperre, sofern der Gesellschaft nicht genügend frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile zur Verfügung stehen.

2016
€

Erfüllungsbetrag der Rückstellung für Entgeltumwandlung	568.692
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände beizulegender Zeitwert	694.116
Aufwendungen aus der Zinszuführung der Rückstellung für Entgeltumwandlung	698.073
Erträge aus dem Deckungsvermögen	24.724
	33.257

Da der beizulegende Zeitwert die Anschaffungskosten um 3.957 € übersteigt, besteht in dieser Höhe eine Ausschüttungssperre, sofern der Gesellschaft nicht genügend frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile zur Verfügung stehen.

Allgemeine Angaben

Die Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg, und die VHV Holding AG, Hannover, haben uns nach § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihnen jeweils mehr als der vierte Teil der Aktien unserer Gesellschaft gehört.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 3 namentlich aufgeführt.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 97 Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis beschäftigt, davon im Schadenbereich 51 und im Vermittler- und Kundenservice 22.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2016 €	2015 T€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33.541.760	32.199
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	6.152.892	5.691
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	966.975	888
5. Aufwendungen für Altersversorgung	226.362	653
6. Aufwendungen insgesamt	40.887.989	39.430

Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch und unterlässt die Angabe der Bezüge der aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstands.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr betragen 121.521 € einschließlich Umsatzsteuer und Sitzungskosten.

Das Gesamthonorar (netto) des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, betrug für das Geschäftsjahr 2016 für

a) die Abschlussprüfungsleistungen	87.410 €
b) Steuerberatungsleistungen	22.154 €
c) sonstige Leistungen	0 €

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestehen insoweit, dass zur Besicherung der Ansprüche aus Altersteilzeit die Fonds Fürst Fugger Depot Immorent mit einem Zeitwert von 100.943 € (VJ 199.407 €) sowie zur Absicherung der Ansprüche aus arbeitnehmerfinanziertem Versorgungszusatz die Rückdeckungsversicherungen mit der Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg, und der Protektor Lebensversicherungs-AG, Berlin, mit einem beizulegenden Zeitwert von 698.073 € (VJ 664.817 €) an die Arbeitnehmer abgetreten wurden. Aufgrund der bestehenden Depotwerte sowie Versicherungsverhältnisse wird mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft nicht gerechnet.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Die NRV erzielte 2016 einen Jahresüberschuss von 1.059.293 €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus 2015 in Höhe von 49.496 € und einer Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 529.646 € beträgt der Bilanzgewinn der Gesellschaft 579.592 €.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

	€
1. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	550.000
2. Gewinnvortrag	<u>29.592</u>
3. Bilanzgewinn	<u><u>579.592</u></u>

Mannheim, den 2. März 2017

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG
Der Vorstand

Ralf Beißer

Michael Diener

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft, Mannheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 14. März 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Marcel Rehm
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2016 sorgfältig wahrgenommen. Bei der Leitung des Unternehmens haben wir den Vorstand beraten und ihn in seiner Geschäftsführung überwacht. Über die Entwicklung und die Lage der Gesellschaft mit ihrer strategischen Ausrichtung und ihrer Risikosituation sowie über die Unternehmensplanungen hat sich der Aufsichtsrat laufend unterrichten lassen.

Der Vorstand informierte uns insbesondere in zwei Sitzungen, in denen u. a. die Gegebenheiten und Perspektiven der einzelnen Geschäftsfelder und die Lage des Unternehmens eingehend abgehandelt wurden. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung war der Aufsichtsrat eingebunden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand während des gesamten Geschäftsjahres mit dem Vorstand in engem Kontakt. Zu allen Geschäften, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, gab der Aufsichtsrat nach jeweiliger Besprechung mit dem Vorstand sein Einverständnis.

Schwerpunkte der Beratung

Gegenstand ausführlicher Beratungen waren erneut die wesentlichen Elemente einer an der Gewinn- und Verlustrechnung orientierten Planung sowohl im versicherungstechnischen als auch im nichtversicherungstechnischen Bereich. Dabei befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Beitrags-, Schaden-, Kosten- und Kapitalanlageentwicklung sowie mit den Ergebnissen der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften. In diesem Zusammenhang besprach der Aufsichtsrat wiederum eingehend die Bemessung der Schadenrückstellungen.

Der Aufsichtsrat ließ sich auch regelmäßig ausführlich über den Stand der Umsetzung von Solvency II informieren und diskutierte intensiv die von der Gesellschaft vorgesehene Risikokapitalbewertung.

Die „Leitlinie fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit“ der NRV wurde in Bezug auf die den Vorstand und den Aufsichtsrat betreffenden Ausführungen vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren verabschiedet.

Ebenfalls im Umlaufverfahren erfolgte die Beschlussfassung des Aufsichtsrats zum Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags zwischen der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG und ihrem Tochterunternehmen GSM Gesellschaft für Straf- und Manager-Rechtsschutz AG.

Ein weiteres wichtiges Berichtsthema war die umfangreiche Neuorganisation von Funktionsausgliederungen und Dienstleistungen durch eine andere Aktionärs-Gesellschaft, einen externen Dienstleister bzw. die NRV selbst und der damit zusammenhängenden Aktivitäten für einen erfolgreichen Projektabschluss, die durch die Kündigung entsprechender Ausgliederungs- und Dienstleistungsverträge einer Konsortialgesellschaft sowie des Vermittlungsvertrags einer weiteren Konsortialgesellschaft hervorgerufen wurde.

Zu keinem Zeitpunkt im Berichtsjahr sah sich der Aufsichtsrat veranlasst, Prüfungsmaßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 AktG durchzuführen.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die Unterlagen zum Jahresabschluss und der Bericht des Abschlussprüfers wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Verfügung gestellt. Der Abschlussprüfer nahm an der bilanzfeststellenden Sitzung des Aufsichtsrats teil; er berichtete über die wesentlichen Schwerpunkte und Ergebnisse seiner Prüfung und stand für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Wir haben zustimmend von dem Ergebnis der Prüfung Kenntnis genommen.

Wir haben den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns unsererseits ebenfalls geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns schließen wir uns an.

Dank

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Mannheim, den 3. April 2017

Der Aufsichtsrat

Peter Meier
(Vorsitzender)

